

17. Wahlperiode

---

## Antrag

der Fraktion Die Linke

### **Flüchtlinge willkommen heißen – Für eine nachhaltige humane Flüchtlingspolitik (I)**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern am 24.09.2015 dafür einzusetzen, dass

- das Asylrecht nicht weiter verschärft wird.
- der Kreis der „sicheren Herkunftsstaaten“ nicht ausgeweitet wird, sondern die Liste stattdessen gänzlich abgeschafft wird.
- die EU-Dublin-Regelung abgeschafft wird. Als erster Schritt dahin ist sie sofort auszusetzen und es sind legale Einreisewege für Flüchtlinge zu schaffen.
- die Flüchtlinge ihren Wohnsitz selbst wählen können. Dafür sind Regelungen zu schaffen, die den Ländern und Kommunen einen entsprechenden finanziellen Ausgleich garantieren. Solange die Verteilung nach dem „Königsteiner Schlüssel“ erfolgt, sind familiäre und private Kontakte bei der Wohnsitzwahl zu berücksichtigen.
- der Bund die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlingsaufnahme vollständig übernimmt.
- geeignete bundeseigene Immobilien zu Verfügung gestellt werden und für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Gemeinschaftsunterkünften mit verpflichtenden Standards genutzt und entsprechend umgebaut werden können.
- die Gesundheitschipkarte, die die medizinische Versorgung geflüchteter Menschen garantiert, unverzüglich bundesweit eingeführt wird. Ziel ist es, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und geflüchtete Menschen in die bestehenden sozialen Sicherungssysteme aufzunehmen.
- alle Asylsuchenden und Geduldeten Zugang zu Integrationskursen erhalten.
- Reformen und personelle Aufstockungen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingeleitet werden und Asylprüfungen fair und schnell erfolgen.

- endlich die notwendigen Schritte bei der Bundesagentur für Arbeit eingeleitet werden, damit geflüchtete Menschen die notwendige Beratung und Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Arbeitsverbote und Vorrangprüfung sind sämtlich abzuschaffen.

***Begründung:***

Am vergangenen Sonntag haben sich Union und SPD im Koalitionsausschuss auf ein Maßnahmenpaket zur Asylpolitik geeinigt. Der Beschluss enthält zahlreiche restriktive Maßnahmen. Um angebliche „Fehlanreize“ zu vermeiden, sollen Asylsuchende künftig nicht mehr drei, sondern sechs Monate lang in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben müssen. Zugleich soll die Residenzpflicht von drei auf sechs Monate verlängert werden. Die Schutzsuchenden sollen künftig wieder mit Sachleistungen abgespeist werden statt Bargeld zu erhalten. Sozialleistungen für vollziehbar Ausreisepflichtige (ohne Duldung) sollen reduziert werden. Kosovo, Albanien und Montenegro sollen durch Gesetzesänderung zu „sicheren Herkunftsstaaten“ bestimmt werden. Die Bundespolizei soll 3.000 zusätzliche Stellen erhalten, um die Anzahl der Abschiebungen zu erhöhen. Damit werden mehrere Instrumente der Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik der 1990er Jahre reaktiviert, die erst in den letzten Jahren Schritt für Schritt liberalisiert worden waren.

Die Beschlüsse der Koalitionsspitzen sind kontraproduktiv und gefährlich: Der Zwang zur sechsmonatigen Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen wird die ohnehin schwierige Unterbringungssituation weiter verschärfen. Sachleistungen werden Menschen aus Krisengebieten und ohne Perspektive nicht davon abhalten, bei uns Schutz zu suchen. Ihnen zu unterstellen, wegen einer geringfügigen Bargeldleistung von 143 Euro nach Deutschland einzureisen, ist blanker Hohn.

Die Beschlüsse sind ein falsches Signal angesichts der tagtäglich stattfindenden rassistischen Gewalt gegen Geflüchtete. Fast jede Nacht werden mittlerweile Flüchtlingsheime angezündet, über soziale Netzwerke Hass-Postings verbreitet und geflüchtete Menschen im öffentlichen Raum verbal und tätlich angegriffen.

Der Senat ist am 24. September 2015 aufgefordert, sich beim Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern für eine, humane und solidarische Flüchtlingspolitik einzusetzen. Denn die Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund fällt viel zu gering aus.

Berlin, den 8. September 2015

U. Wolf            Breitenbach            Taş  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke